

Stand: 26.04.2024 17:44:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/11877

"Versicherte entlasten - Handlungsfähigkeit der Krankenkassen erhalten"

---

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/11877 vom 15.03.2012
2. Beschluss des Plenums 16/11925 vom 15.03.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 15.03.2012

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Ludwig Wörner, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

### **Versicherte entlasten – Handlungsfähigkeit der Krankenkassen erhalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

- dass die Zuzahlung gem. § 28 Abs. 4 SGB V (Praxisgebühr) abgeschafft wird,
- dass die geplante Senkung des Beitragssatzes um 0,1 Prozentpunkte unterbleibt und
- dass der derzeitige Überschuss in Gänze beim Gesundheitsfonds belassen wird.

#### **Begründung:**

Die Erfahrungen zeigen, dass der erhoffte Steuerungseffekt durch die Praxisgebühr bzgl. der Anzahl der Arztbesuche ausgeblieben ist. Die Einführung der Praxisgebühr im Jahr 2004 war eine Bedingung von CSU und CDU zur Zustimmung zum GKV-Modernisierungsgesetz. Die Bedenken der SPD haben sich vollumfänglich bestätigt. Der Verzicht auf die Praxisgebühr entlastet Patientinnen und Patienten sowie Ärztinnen und Ärzte. Die dadurch fehlenden Gelder in Höhe von 2 Mrd. Euro können durch die derzeitigen Überschüsse der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgefangen werden. Mittelfristig ist mit anderen Mehrheiten nur die solidarische Bürgerversicherung geeignet, die nachhaltige Finanzierung der GKV sicherzustellen. Die derzeitige Diskussion der Bundesregierung um eine Beitragssatzsenkung ist u.E. scheinheilig und führt zu keiner spürbaren Entlastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, sondern gefährdet die finanzielle Ausstattung der GKV. Die Berechnungen der Krankenkassen für die Ausgaben der beiden ersten Monate des Jahres 2012 zeigen, dass für solche populistischen Maßnahmen keinerlei Spielraum besteht. Ebenso kontraproduktiv ist die Debatte um eine Rückführung eines Teils des Überschusses in den allgemeinen Bundeshaushalt. Die derzeitigen Steuermittel im Gesundheitsfonds reichen bei weitem nicht aus, um die versicherungsfremden Leistungen zu finanzieren.

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Ludwig Wörner, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/11877

**Versicherte entlasten – Handlungsfähigkeit der Krankenkassen erhalten**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Christa Stewens

Abg. Theresa Schopper

Abg. Julika Sandt

Abg. Dr. Otto Bertermann

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**"Praxisgebühr" abschaffen! (Drs. 16/11863)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. und Fraktion (SPD)**

**Versicherte entlasten - Handlungsfähigkeit der Krankenkassen erhalten  
(Drs. 16/11877)**

Es wurde angezeigt, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Damit läuft unsere Zeit, die wir in der Debatte jetzt verwenden können.

Als ersten Redner darf ich Herrn Dr. Vetter zur Begründung des Antrags der FREIEN WÄHLER aufrufen. Bitte schön.

**Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Thema lautet jetzt: "Praxisgebühr" abschaffen! Da es an Aktualität gewonnen hat - ich verweise auf die politische Diskussion darüber in den letzten ein, zwei Wochen, vor allem auf Bundesebene -, haben wir diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Zur Erinnerung für uns alle: Die Praxisgebühr, wonach die gesetzlich Versicherten zehn Euro pro Quartal in der Arztpraxis bezahlen müssen, wurde 2004 eingeführt. Deutschland war schon damals Spitzenreiter bei den Arztbesuchen in Europa. Man

hatte damals den Plan, diese Gebühr als Steuerungsinstrument zu nutzen. Schon damals gab es jedoch warnende Stimmen von Fachleuten, die das bezweifelten.

Ein zweiter Grund für die Einführung war wohl, dass sich auf diese Weise der Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung herunterrechnen ließ. Optisch konnte er um 0,1 oder 0,2 Prozentpunkte sinken, da man sich das Geld von den Patienten in der Arztpraxis holen konnte.

Kolleginnen und Kollegen, seit 2004, vor allem in jüngster Zeit, hat sich die Situation völlig verändert. Wir haben gelesen, dass die Krankenkassen eine Rücklage von fast 20 Milliarden Euro - 20 Milliarden! - aufgebaut haben. Mittlerweile gibt es einfach andere Erkenntnisse, sodass wir als FREIE WÄHLER sagen: Die Praxisgebühr ist obsolet, sie ist nicht mehr notwendig. - Ich werde das begründen.

Die erste Erkenntnis ist: Die Steuerungsfunktion, die man damals im Auge hatte, ist nachweislich nicht erfüllt worden. Das wird schon daran deutlich, dass wir in Deutschland nach wie vor 17 bis 18 Mal pro Jahr zum Arzt gehen. Dass das ursprüngliche Ziel nicht erreicht worden ist, sagen nicht nur wir FREIEN WÄHLER; auch der Spitzenverband der GKV hat Ende 2011 festgestellt, dass Bagatellbesuche und Ärztehopping durch die Praxisgebühr nicht eingedämmt worden sind.

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube sogar, dass die Praxisgebühr mitverantwortlich dafür sein könnte, dass die Menschen häufiger zum Arzt gehen. Warum? -Erstes Argument. Ich halte sie für eine Flatrate. Die Patienten, die einmal diese 10 Euro bezahlt haben, gehen öfter zum Arzt und lassen sich kurz vor Quartalsende noch die eine oder andere Überweisung geben. Ich spreche aus eigener Erfahrung als niedergelassener Arzt. Ich mache die Praxisgebühr sogar dafür verantwortlich, dass wir in Deutschland zum Teil so viele Arztbesuche haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich frage Sie ganz einfach: Wenn Sie in ein All-you-can-eat-Restaurant gehen, essen Sie dann eher mehr oder weniger, nachdem Sie die Eintrittskarte bezahlt haben? Denken Sie an eine Telefonflatrate.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): All! Nicht mehr oder weniger, Herr Kollege!)

- Mehr. Telefoniert man bei einer Telefonflatrate mehr oder weniger? - Genauso ist es mit der Praxisgebühr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweites Argument. Die Praxisgebühr ist unsozial. Sie betrifft nur die Arbeitnehmer, nur die in der GKV gesetzlich Versicherten; die privat Versicherten sind außen vor. Im Übrigen musste ich direkt lachen, als ich gestern die Schlagzeile über den gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion in Berlin gelesen habe, Herr Spahn, der plötzlich ein Ende der Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland fordert. Genau das fordern wir FREIEN WÄHLER seit drei Jahren im Landtag immer wieder ein. Wir wollen nicht, dass die Privatversicherungen abgeschafft werden, aber wir wollen, dass man sich darüber Gedanken macht, wie das System aus gesetzlicher und privater Versicherung künftig auf eine solide Basis gestellt werden kann. Jetzt kommt die CDU daher. Ich bin gespannt, wann auch die CSU so weit ist. Wir werden sehen, ob die FDP noch mitentscheiden muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Widerspruch bei der FDP)

Drittes Argument. Die Praxisgebühr verursacht Bürokratie und Verwaltungskosten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Etwa zwei Milliarden Euro werden pro Jahr eingenommen. Wir können ganz leicht nachrechnen. Zwei Milliarden Euro geteilt durch 10 Euro ergibt 200 Millionen Kassiervorgänge in Deutschland pro Jahr. 200 Millionen - dass dies einen bürokratischen Aufwand erfordert, kann sich, glaube ich, jeder von uns vorstellen. Die Fachleute sagen, dass die Hälfte von diesen 2 Milliarden Euro, die mit der Praxisgebühr eingenommen werden, in Bürokratie und Verwaltung versickert. Ich erwähne die Kearney-Studie. Die anwesenden Fachleute werden diese Studie kennen. Vor sechs, acht Wochen hat eine große Unternehmensberatung die sogenannte Kear-

ney-Studie herausgebracht. Dort wurde festgestellt, dass im deutschen Gesundheitswesen fast 25 % der Gebühren in die Verwaltung fließen und versickern. Die Praxisgebühr hat daran sicher einen großen Anteil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Praxisgebühr ist also ein sinnloser Kostentreiber, sonst nichts.

Viertes Argument: Kolleginnen und Kollegen, haben Sie eigentlich schon einmal an die Würde der Patienten und auch an die Würde der Mitarbeiterinnen gedacht, die von einem Menschen, der in die Praxis hineinkommt, 10 Euro nach dem Motto fordern: Wenn ihr diese 10 Euro nicht bezahlt, dann behandeln wir euch nicht? Darüber sollten wir einmal nachdenken. Ich halte die Praxisgebühr in der Form, wie sie jetzt erhoben wird, nämlich mit Barbezahlung, für nicht ganz würdevoll.

Nächstes Argument. Diejenigen, die im Gesundheitswesen beteiligt sind, die betroffen sind, nämlich unsere Patienten, auch die Ärzte und die Krankenkassen, also die Hauptakteure im Gesundheitswesen, lehnen die Praxisgebühr seit Jahren ab. Aber auch hier gilt offensichtlich das Motto: Wenn man den Sumpf trockenlegen will, darf man nicht die Frösche fragen, meine Damen und Herren. Sonst wäre die Praxisgebühr schon längst vom Tisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Heute gibt es also kein einziges Argument mehr pro Praxisgebühr. Die Praxisgebühr trägt meines Erachtens dazu bei, dass ein sowieso schon zu komplexes Gesundheitssystem nicht mehr beherrschbar ist. Das ist ein Baustein.

Ein Wort zu unserem Ministerpräsidenten - in der Pause war er noch da; jetzt hat er uns verlassen. Was macht und machte Herr Seehofer jetzt, gestern, vorgestern, die letzten Tage? Nachdem die FDP im Bund die sofortige Abschaffung der Praxisgebühr ins Spiel gebracht hat, sagt unser Ministerpräsident, dass er ein schnelles Ende der Debatte wünscht. Ein Ministerpräsident, der sich sonst für Schlagworte am Fließband

nicht zu schade ist, laufend und immer wieder neue Schlagworte bringt, steckt zurück, wenn es komplexer wird, und möchte dann Diskussionen verbieten. Kolleginnen und Kollegen, ich meine, das kann er in der CSU-Fraktionssitzung machen, aber nicht hier bei diesem Gesundheitsthema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zusammengefasst: Wir FREIEN WÄHLER meinen, dass die Praxisgebühr in dieser Form unsinnig, unsozial, bürokratisch und überflüssig wie ein Kropf ist. Sie ist eine Zumutung für die Patienten. Wir empfehlen, sie wegen Sinnlosigkeit so bald wie möglich zu streichen. Kolleginnen und Kollegen, ein Lenkungsinstrument, das nicht lenkt, hat seine Berechtigung verwirkt. So einfach kann man das sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt hätten wir in Bayern einmal etwas in der Hand. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir können im Gesundheitswesen, in der Gesundheitspolitik konkret etwas anregen. Im Bund sind im Moment die FDP und große Teile der CDU dafür, die Praxisgebühr abzuschaffen. Ich weiß, dass auch CSU-Kollegen im Landtag dafür sind. Geben Sie sich bitte einen Ruck. Stimmen Sie unserem Antrag auf sofortige Abschaffung der Praxisgebühr zu.

Ich komme noch kurz zum Antrag der SPD. Er geht in dieselbe Richtung, ist uns jetzt aber zu komplex.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das stellen wir uns leicht vor, dass das für Sie zu komplex ist, Herr Kollege!)

- Um das in der Kürze der Zeit abzuarbeiten, Frau Kollegin. Vor allem in der Begründung sprechen Sie von mittelfristig anderen Mehrheiten - im Landtag meinen sie wohl eine Mehrheit mit den FREIEN WÄHLERN.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das erkläre ich Ihnen anschließend!)

In der Begründung steht, dass mittelfristig nur die solidarische Bürgerversicherung geeignet ist, die nachhaltige Finanzierung der GKV sicherzustellen. Es gibt andere Modelle. Wir haben die soziale Gesundheitsversicherung der FREIEN WÄHLER schon mehrfach vorgestellt. Das ist ein sehr, sehr guter Kompromiss, der das Beste aus beiden Systemen praktisch in sich vereint. Darum können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das ist aber Ihre singuläre Meinung!)

Wir bitten aber um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Nächste Rednerin in der Debatte ist Frau Kathrin Sonnenholzner von der SPD. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kathrin Sonnenholzner (SPD):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Ein halbwegs leeres Haus sehe ich aufseiten der CSU. Sie müssen noch etwas nacharbeiten, sonst brauchen wir bei der Abstimmung wieder einen Hammelsprung. Herr Kollege Vetter, damit Sie die Zwischenrufe der Kollegen und Kolleginnen verstehen: Wir stimmen nicht über die Begründung ab, in der die Finanzierungsmodelle aufgeführt sind, sondern nur über den Antrag. Vielleicht gelingt es mir, Sie bis zum Ende der Debatte von den komplexen Zusammenhängen zu überzeugen.

Kolleginnen und Kollegen, die Praxisgebühr ist wie alle Pauschalen oder wie jede Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die nicht prozentual auf das Einkommen bezogen ist, sozial ungerecht. Das war sie immer, und das hat die SPD auch immer gesagt. Leider hat man für das GKV-Modernisierungsgesetz 2004 für die Zustimmung der Union im Bundesrat die Kröte, den Kompromiss schlucken müssen, der immer erforderlich ist. Deswegen freue ich mich, dass jetzt auch vereinzelt aufseiten der CDU sowie auch von der FDP Kritik kommt, die ja ansonsten keine so großen Pro-

bleme damit hat, wenn die Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung ungleich zu-  
lasten der sozial Schwächeren verteilt sind.

Zur Steuerungsfunktion hat Kollege Vetter schon vieles gesagt. Er hat völlig recht. Selbstverständlich führt das dazu, dass der Patient sagt: Wenn ich schon einmal 10 Euro bezahlt habe, dann kann ich das auch ausnützen. Ich möchte zu den genannten Beispielen noch eines hinzufügen. Das ist so ähnlich wie das, was Versandhäuser jetzt mit dem Porto praktizieren. Sie sagen: Ihr zahlt einmal Porto und könnt innerhalb eines bestimmten Zeitraums so oft bestellen, wie ihr wollt. So ist es auch. Wir waren immer dagegen. Deswegen werden wir, Herr Kollege Vetter, diesem Antrag auch zustimmen. Richtig seriös und bis in die letzte Konsequenz durchdacht ist er natürlich nicht, da er nur einen Teilbereich herausgreift.

Die Abschaffung der Praxisgebühr führt dazu, dass in der gesetzlichen Krankenversicherung 2 Milliarden Euro fehlen werden. Sie bleiben die Antwort darauf schuldig, woher das Geld dann kommen soll. Sie haben von den knapp 20 Milliarden Euro Rücklagen gesprochen. Das ist schon deswegen unseriös, weil das nicht die Rücklagen der Krankenversicherung sind. Nur knapp die Hälfte davon sind Rücklagen der Krankenversicherung, der Rest besteht aus Überschüssen im Fonds.

Sie wissen doch ganz genau, dass Sie diese Maßnahme nicht nur für ein Quartal einführen können, in dem das Geld da ist. Sie müssen sie dauerhaft einführen. Wenn Sie diese Maßnahme jedoch nicht mit einem Finanzierungskonzept verknüpfen, riskieren Sie, dass das Geld entweder auf andere Weise beschafft werden muss oder dass es zu Leistungseinschränkungen kommt. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Solidarische Bürgerversicherung - das wiederhole ich an dieser Stelle - die einzige Möglichkeit ist, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu stabilisieren. Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein. Auch die gesetzlichen Krankenkassen sind dieser Meinung. Da es hier um Bundespolitik geht, würde ich empfehlen, das Konzept der Sozialen Gesundheitsversicherung der FREIEN WÄHLER Herrn Henkel vorzulegen. Ich bin sehr gespannt, was er dazu zu sagen hat.

Wir sind für die Abschaffung der Praxisgebühr. Im Sinne einer seriösen Behandlung des Themas Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung erheben wir in unserem Dringlichkeitsantrag noch zwei weitere Forderungen: Wir wollen, dass eine Senkung des Beitragssatzes unterbleibt. Die Diskussion, die sich im Moment auf Bundesebene abspielt, ist an Skurrilität wirklich kaum zu überbieten. Man hat immer das Gefühl, dass der Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Boshaftigkeit der Politik und der Vorstände der Krankenkassen zurückzuführen sei. Dem ist aber mitnichten so. Die Gelder gewährleisten die Finanzierung der Leistungen für die Patientinnen und Patienten. An dieser Stelle darf ich darauf hinweisen, dass wir viele unterfinanzierte Aufgaben zu erfüllen haben. Ich nenne die spezialisierte ambulante Palliativversorgung und die ambulante Geriatrie. Ich spreche gar nicht von dem Bereich der Heilmittel, der so knapp bemessen ist, dass es im Moment zu solchen Absurditäten kommt, dass zum Beispiel Patienten nach Operationen drei physiotherapeutische Sitzungen verschrieben werden, weil sich die Ärzte nicht trauen, mehr zu verschreiben.

Ich wiederhole: In Berlin gibt es derzeit an der einen oder anderen Stelle richtig schräge Debatten. Ich erlaube mir auch den Hinweis, dass sich die derzeitigen Überschüsse bei den gesetzlichen Krankenversicherungen genau in dem Korridor des Sozialgesetzbuchs V bewegen. Nach diesem Gesetz sind die Krankenkassen verpflichtet, Reserven zu bilden. Wenn Sie sich die Ausgaben der Monate Januar und Februar ansehen, werden Sie feststellen, dass mit einer Steigerung von 5,5 % bei den Arzneimitteln voraussehbar mehr Geld gebraucht werden wird. Beitragssatzsenkungen sind also billiger Populismus.

Genauso kontraproduktiv ist es - ich komme damit zum dritten Spiegelstrich -, dass der Finanzminister in seiner Sparorgie meint, auf den Steuerzuschuss zurückgreifen zu sollen, von dem er sich zwei Milliarden Euro holen will. Ich darf an dieser Stelle erwähnen, dass die Ausgaben für die versicherungsfremden Leistungen, für die dieser Steuerzuschuss geplant war, 34,4 Milliarden Euro im Jahr betragen. Wenn wir die

14 Milliarden Euro, die im Fonds drin waren, nehmen und zwei Milliarden Euro, die zusätzlich draufgeschossen worden sind, dazurechnen, deckt die Summe nur knapp 50 % der versicherungsfremden Leistungen.

Ursprünglich war geplant, dass dieser Anteil bis auf 25 Milliarden Euro aufwachsen sollte. Der Griff von Herrn Dr. Schäuble in den Gesundheitsfonds beweist nur, was wir immer wieder gesagt haben, nämlich dass die Steuerfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ein Irrweg ist, weil er in Konkurrenz zu politischen Begehrlichkeiten der anderen Ressorts steht. Außerdem trägt er den konjunkturellen Unwägbarkeiten, mit denen wir es in Zeiten der Finanzkrise zu tun haben, an keiner Stelle Rechnung. In der Folge wird es zwangsläufig zu Zusatzbeiträgen kommen, die vor allem die schwächsten Beitragszahler überproportional belasten.

Wir fordern deswegen nicht nur, dass diese zwei Milliarden Euro nicht entnommen werden, sondern dass es bei dem bleibt, was ursprünglich beschlossen worden ist: Der Anteil der Steuerfinanzierung soll auf 25 Milliarden Euro steigen - in Klammern gesagt -, solange nicht eine andere Mehrheit in Berlin ein anderes Finanzierungssystem ab September oder Oktober 2013 auf den Weg bringt.

Wir bitten Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. Herr Dr. Bertermann, Ihre Fraktion in Berlin ist ebenfalls dafür, die Praxisgebühr fallen zu lassen. Geben Sie Ihrem Herzen also einen Stoß. Machen Sie es einmal so wie Herr Rösler in Sachen Gauck. Ein bisschen Gauck ist überall. Sie sollten sich ebenfalls diese Freiheit nehmen und würden damit ein gesundheitspolitisches Zeichen setzen.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Hier wird nicht gegaukelt!)

- Aber "gegauckt".

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Die nächste Rednerin ist Christa Stewens für die CSU-Fraktion.

**Christa Stewens (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dringlichkeitsanträge der FDP und der SPD werden wir von der CSU-Fraktion ablehnen.

(Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Von der FDP?)

- Entschuldigung, der FREIEN WÄHLER.

(Franz Maget (SPD): Es ist nicht ganz verkehrt!)

- Ich war gedanklich schon einen Schritt weiter.

Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ist ausgesprochen oberflächlich und populistisch. Sie wollten lediglich anlässlich der Meinungsverschiedenheit zwischen CSU und FDP, die in der Tagespresse öffentlich gemacht wurde, einen zusätzlichen Keil reintreiben. Deswegen haben Sie diesen Dringlichkeitsantrag gestellt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer von euch ist populistisch?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Das könnte noch kommen!)

Ich war gedanklich schon einen Schritt weiter. Das tut mir leid.

(Franz Maget (SPD): Uns tut es leid!)

Ich möchte etwas über die Finanzen insgesamt sagen: Die Krankenkassen in Deutschland haben Finanzreserven in Höhe von 10 Milliarden Euro, die dringend notwendig sind, um die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Krankenkassen zu sichern. Der Gesundheitsfonds hatte Ende 2011 Liquiditätsreserven in Höhe von circa 9,5 Milliarden Euro. Sehen Sie sich einmal die Ausgaben an. Die Leistungsausgaben in der GKV sind um 2,6 % gestiegen. Die Nettoverwaltungskosten der Krankenkassen sind um 1 % gesunken. Die Arzneimittelposten sind um 4 % gesunken. Bei der ambulanten

ärztlichen Behandlung haben wir eine Steigerung der Ausgaben um 2,1 %. In der Krankenhausbehandlung haben wir eine Steigerung der Kosten um 2,7 %. Beim Krankengeld liegt die Steigerung bei 9,4 %.

Der Schätzerkreis im Gesundheitswesen erwartet eine wesentliche Verschlechterung der jährlichen Ergebnisse. Das bedeutet ein Defizit aufgrund der Lücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben. Dazu muss man sich nur die demografische Entwicklung in Deutschland ansehen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, über kurz oder lang wird es eine Unterdeckung des Fonds geben. Vor diesem Hintergrund habe ich für den Dringlichkeitsantrag der SPD, der mir nicht zu komplex ist, durchaus Verständnis. Ich möchte jedoch einiges korrigieren. Sie schreiben, dass die Einführung der Praxisgebühr im Jahr 2004 eine Bedingung von CSU und CDU für die Zustimmung zum GKV-Modernisierungsgesetz gewesen sei. Nein, damals gab es komplexe Verhandlungen. Es wurde eine Einigung erzielt. Die SPD hat sich darauf geeinigt, die Praxisgebühr zu verlangen. Eine einseitige Schuldzuschiebung halte ich deshalb für nicht ganz richtig.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das nennt man Kompromiss!)

Nach meiner Ansicht müssen wir grundsätzlich sagen: Hände weg von den Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Sonst wird es über kurz oder lang wieder Zusatzbeiträge geben. Das bedeutet für mich: Hände weg von den Rücklagen und keine Absenkung des Beitragssatzes. Ich bin auch gegen eine Absenkung des Steuerenausgleichs. Der Bund muss hier zu seiner Zusage stehen. Bei den Steuerzufuhren liegen wir etwa in der Größenordnung des Kinderbeitrags, der zwischen 14 und 16 Milliarden Euro liegt. Ich sage ganz klar: Die Steuerzufuhr darf nicht abgesenkt werden. Gleichzeitig warne ich vor einer Abschaffung der Praxisgebühr.

Wir brauchen diese Mittel dringend für die gesetzlichen Krankenkassen und für den Gesundheitsfonds. Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Mittel, um die Qualität der Versorgung unserer Patientinnen und Patienten zu erhalten.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Nächste Rednerin in der Debatte ist Theresa Schopper für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön. - Entschuldigung, das wurde mir zu spät angezeigt. Es wurde nicht gedrückt. Was sagen meine Kollegen links und rechts? Dafür gibt es ja den Knopf. Frau Kollegin, ich habe Sie aufgerufen. Was soll ich denn machen?

(Alexander König (CSU): Wer entscheidet denn hier? - Zurufe)

Wenn Sie alle sagen "zulassen", dann lasse ich es zu. Frau Stewens?

(Zuruf der Abgeordneten Christa Stewens (CSU))

Ja, das ist völlig richtig. Frau Schopper, jetzt reden Sie. Es handelt sich einfach nur noch um einen Redebeitrag. Es ist noch zwanzig Minuten an Redezeit vorhanden. Wenn Sie eine Zwischenbemerkung machen wollen, dann einfach auf den Knopf drücken. Dann sehen wir das hier, und dann können wir auch reagieren. Sonst wird es schwierig. Bitte schön.

**Theresa Schopper (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Charly Vetter! Es ist eine Frage der Technik, und man muss es einfach so machen.

Ich wollte mich zum Zustand der Koalition äußern, da Frau Kollegin Stewens ein für Ihre Verhältnisse flammendes Plädoyer zum Zusammenhalt der Koalition gehalten hat. Da wir das jede Woche im Gesundheitsausschuss sehen, wissen wir, dass die Zerrüttung bei dieser Koalition weit vorangeschritten sein muss. Ich glaube, auch wenn Sie bei der Praxisgebühr zusammenhalten, dann ist das wider besseres Wissen. Es ist schon vielfach gesagt worden, warum es bei der Praxisgebühr hakt, was an ihr nicht passt und welche Signalwirkung sie aussendet. Sie ist im Jahr 2004 eingeführt worden, und auch die GRÜNEN haben dem Kompromiss zugestimmt. Dem Kompromiss hat die Annahme zugrunde gelegen, eine gewisse Steuerungswirkung sei so her-

zustellen, da man angenommen hat, dass Menschen bei einer gewissen Hürde nicht wegen jeder Lappalie zum Arzt gehen. Am Anfang hat sie sich auch entsprechend ausgewirkt. Die Praxisgebühr hat im Jahr 2004 dazu geführt, dass die Zahl der Arztbesuche zurückgegangen ist. In der Folge ist sie wieder angestiegen, und zwar nach dem Motto: Jetzt gehe ich zuerst zum Hausarzt, und dann schaue ich, dass ich mir noch beim Orthopäden und vielleicht noch beim HNO-Arzt etwas nachschauen lasse.

Auch in Bezug auf die Konsolidierung der Finanzen war sie damals ein wichtiger Beitrag. Im Jahr 2010 hat sie bezüglich der Besuche bei den Hausärzten und Fachärzten eineinhalb Milliarden Euro eingebracht. Bei den Zahnärzten waren es knappe 400 Millionen. Bei diesem Beitrag handelt es sich also durchaus um eine gewisse Marke. Nichtsdestotrotz hat sich in Sachen Praxisgebühr einiges bewegt. Die von Charly Vetter genannten Argumente kann ich in vielem teilen. Nicht ganz verstehen kann ich jedoch die Ausführungen in Bezug auf die Würde. Ich weiß nicht, Charly Vetter, welche Praxis du ins Auge gefasst hast, mit der du gleich die Frage nach der Würde verknüpfst. Ich kann es mir nicht vorstellen, so wie ich dich kenne. Man muss aber die Kirche im Dorf lassen. Nur weil eine Arzthelferin einen Patienten fragt, ob er die Praxisgebühr schon bezahlt habe, ist der Patient noch nicht in seiner Würde angekratzt. Sonst würde jede Gebühr, die bei der Bestellung einer Hochzeit, der Ausstellung eines Führerscheins oder der Neuausstellung eines Reisepasses erhoben würde, die Würde verletzen. Insofern: Ein bisschen piano bei den Debattenbeiträgen.

Nichtsdestotrotz ist die Bewegung, die in die Diskussion um die Praxisgebühr gekommen ist, durchaus sinnvoll. Allerdings werden auf Bundesebene diverse Varianten diskutiert, die im Hause Bahr geprüft werden. Eine Variante ist, die Praxisgebühr nur noch beim Zahnarzt oder nur noch beim Zahnarzt und Facharzt zu erheben. Daneben gibt es die Variante, pro Arztbesuch fünf Euro an Praxisgebühr zu erheben. Dieser Vorschlag wird immer wieder vonseiten der Unionsvertreter erhoben. Ich glaube, in dieser Beziehung muss man warnend seinen Finger erheben und kräftig nach oben strecken; denn ansonsten würden Arme und Geringverdiener pro Besuch mit fünf

Euro belastet, und damit würde ein erhebliches Abschreckungspotenzial in Bezug auf einen Arztbesuch aufgebaut. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Zahlen des letzten Gesundheitsmonitors aus dem Jahr 2007: Bei einer Umfrage unter 16.000 Versicherten - man kann davon ausgehen, dass es sich um eine repräsentative Umfrage handelt - ist ermittelt worden, dass schon jetzt 15 bis 20 % der Befragten der unteren Einkommensgruppen aus den genannten Gründen den Arztbesuch vermeiden. Insofern stellt ein solches Vorgehen ein Gefährdungspotenzial dar, da wir wissen, dass Armut und mangelnde Gesundheit eine Paarbeziehung darstellen, der wir entgegenwirken müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Frage stellt sich, wie man es vermeiden kann, dass Menschen im Durchschnitt 18-mal pro Jahr zum Arzt gehen. Ich bin vielleicht dreimal beim Arzt, wenn es ganz schlecht geht. Insofern könnte ich statistisch betrachtet 15 andere mitnehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

- Auch die Kathrin Sonnenholzner hat noch 15 zu vergeben.

Von daher gehen wir insgesamt statistisch zu häufig zum Arzt. Bei der Frage, woran das liegt, muss die Praxisgebühr separat behandelt werden. Man darf das nicht nur als Flatrate-Funktion sehen. Die Bürger in Norwegen gehen statistisch viermal im Jahr zum Arzt. Mir scheint der Gesundheitszustand der Norweger aber nicht so zu sein, dass sie schon dem Siechtum verfallen sind. Insofern müssen wir der Beratung und Begleitung chronischer Patienten durch andere Gesundheitsberufe eine viel stärkere Rolle zuweisen, damit die Häufigkeit der Arztbesuche zurückgeht und für alle eine qualifizierte Behandlung im Falle einer Erkrankung erfolgt.

Wir stimmen dennoch dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu. Bezüglich des Antrags der SPD ist zu sagen, dass auch wir die Praxisgebühr abschaffen wollen. Wir sind der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, die Beitragssätze um 0,1 % zu senken, weil das

gerade eine Summe von 1,91 Euro durchschnittlich ausmacht. Das ist lächerlich, weil es das Kraut nicht fett macht. Die Diskussion darüber wabert, weil darüber in Berlin entsprechend diskutiert wird. Wir werden uns beim Antrag der SPD der Stimme enthalten, weil mir der letzte Punkt, den Überschuss im Gesundheitsfonds zu belassen, widerstrebt. Nach meiner Auffassung gehört der Gesundheitsfonds abgeschafft. Ich will nicht, dass der Gesundheitsfonds weiter existiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Die Beitragsautonomie der Kassen muss wiederhergestellt werden und ein Wettbewerb zwischen den Kassen erfolgen. Der Einheitsbeitrag gehört abgeschafft. Ich weiß, dass auch die SPD das nicht will und wir die Bürgerversicherung gemeinsam auf den Weg bringen wollen. Ich möchte dokumentieren, dass wir an diesem bürokratischen Monster, das wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschaffen können, nicht festhalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Jetzt haben wir eine ordnungsgemäß angemeldete Zwischenbemerkung. Bei mir leuchtet ein rotes Licht, und wenn ich draufdrücke, hat Frau Julika Sandt für Ihre Zwischenbemerkung das Wort. Bitte schön.

**Julika Sandt (FDP):** Frau Schopper, habe ich Sie eben richtig verstanden? Sie haben von der Bürgerversicherung gesprochen und gleichzeitig gesagt, Sie wollten mehr Wettbewerb bei den Krankenkassen. Die Bürgerversicherung ist doch eine totale Einheitsversicherung, bei der es überhaupt keinen Wettbewerb und keine Entscheidungsmöglichkeiten gibt.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Frau Schopper, bitte.

**Theresa Schopper (GRÜNE):** Da müssten Sie vielleicht einmal nachlesen. Das täte gut. Es ist nicht so, dass die Bürgerversicherung auf der Wettbewerbsseite und der Beitragsseite einen Einheitsbeitrag umfasst. Wir wollen mehrere Beitragsarten einbe-

ziehen. Wir wollen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und anderes, was noch an Geld da ist, in das Beitragsaufkommen einbeziehen. Der Wettbewerb zwischen den Kassen, ein altes Credo der GRÜNEN, ist mit der Einführung des Gesundheitsfonds abgeschafft worden. Das steht nicht im Widerspruch zu dem, dass wir gemeinsam - auch die SPD ist nicht anderer Meinung - in der Einführung der Solidarischen Bürgerversicherung den Weg der Zukunft sehen, der auch kommen wird.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Weitere Zwischenbemerkungen sind nicht angezeigt. Wir fahren in der Debatte fort mit Herrn Kollegen Dr. Bertermann von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, in der Diskussion müssen wir uns auf die Praxisgebühr konzentrieren. Es geht nicht um die Finanzierung und die Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitssystems, sondern es geht ganz klar um die Frage: Praxisgebühr Ja oder Nein, und zwar mit allen Indikationen. Frau Sonnenholzner, Sie haben zu mir gesagt: Geben Sie doch Ihrem Herzen einen Stoß, spielen Sie den Gauck.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Das ist eine Nummer zu groß für mich. Ich spiele nicht in der Champions League, ich bin ein einfacher Abgeordneter in diesem Hause, und als einfacher Abgeordneter fühle ich mich in diesem Hause sehr wohl.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Ich habe gesagt, nehmen Sie sich an Herrn Rösler ein Beispiel!)

Ich werde sachlich zu dem Thema Stellung nehmen und ein paar politische Anmerkungen machen. Anschließend werde ich kurz darauf zurückkommen, was das für die Praxisgebühr bedeutet. Ich finde, der Antrag der FREIEN WÄHLER ist populistisch;

denn die Praxisgebühr gibt es seit 2004. Sie hätten seit 2004 schon viele Jahre Gelegenheit gehabt, die Praxisgebühr abzuschaffen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Nein, das hätten sie nicht!)

Jetzt kommen Sie auf diese Idee, weil die Abschaffung der Praxisgebühr ein Thema ist, das die Bürger in Deutschland bewegt. Es ist ein bundespolitisches Thema und betrifft das SGB V. Die Frage ist, was können wir im Landtag konkret machen? - Wir könnten eine Initiative im Bundesrat starten.

Eine Bemerkung möchte ich vorab machen: Das Geld, über das wir reden, gehört den Versicherten. Das Geld gehört nicht den Politikern, das Geld gehört auch nicht den Krankenkassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir verwalten das Geld nur treuhänderisch und müssen mit dem Geld der Bürger und der Versicherten sorgfältig umgehen. Wir können uns nicht einfach bedienen, wir müssen uns überlegen, was wir mit dem Geld der Bürger machen. Das ist doch die Verantwortung, die wir als Parlamentarier haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Da gibt es die Begehrlichkeiten beispielsweise von Herrn Schäuble oder von den Leistungserbringern. Das alles sind doch nur Menschen, die sich an dem Geld bedienen wollen, das die bayerischen Bürger erarbeitet haben. Das darf nicht sein, das will ich nicht.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Warum lehnen Sie dann unseren Antrag ab?)

Nun zum Thema Praxisgebühr: Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, wem wir die Grausamkeiten wie die Praxisgebühr, die Zuzahlung zu den verschreibungsfreien Medikamenten, die Selbstbeteiligung bei den Medikamenten zu verdanken haben. Wer hat das für uns in die Wege geleitet? Wer ist schuld daran, dass den Bürgerinnen und

Bürgern in die Tasche gegriffen worden ist? - 2004 gab es eine rot-grüne Regierung. Es gab zwar den Bundesrat, aber es war doch die Entscheidung der SPD, die Praxisgebühr einzuführen, eine Selbstbeteiligung von 10 % anzusetzen und verschreibungsfreie Medikamente nicht mehr zu erstatten. Das heißt, hier wurde eine reine Kostendämpfungspolitik zu Lasten unserer Bürger gemacht. Das ist die Schuld von Rot und Grün, und die können Sie nicht dem Bundesrat in die Schuhe schieben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Bundesrat hätte über das Parlament überstimmt werden können. Es ist Ihre Schuld, dafür tragen Sie die Verantwortung. Sie greifen wie in Nordrhein-Westfalen den Leuten in die Tasche.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sie haben immer noch nicht verstanden, wie das System funktioniert! - Peter Meyer (FREIE WÄHLER): In Nordrhein-Westfalen habt ihr euch gut verhalten!)

Sie erhöhen die Steuern und arbeiten mit dem Geld so, als würde es Ihnen gehören. Dabei ist es das Geld, das die Bürger hier in Bayern verdient haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Jetzt haben wir die ungewöhnliche Situation, dass wir 20 Milliarden Euro Plus in der gesetzlichen Krankenversicherung haben. In den Jahren zuvor haben wir immer nur rote Zahlen geschrieben und ein Defizit gehabt. Als Schwarz-Gelb in Berlin angetreten ist, hatten wir neun Milliarden DM. Wir mussten sparen. Wir haben gespart. Jetzt haben wir zum ersten Mal ein Plus von 20 Milliarden Euro. Das ist doch ein Erfolg der liberalen Politik. Den kann man doch nicht einfach wegdiskutieren. Warum haben wir so viel Geld auf der hohen Kante, um es flapsig auszudrücken? - Wir haben eine gute Konjunktur, wir haben fleißige Bürger, die gearbeitet haben. Wir hatten die exzellente Sparpolitik von Schwarz-Gelb, und wir haben durch den Druck auf die Arzneimittelprei-

se Kosten sparen können. Das alles hat dazu beigetragen, dass wir jetzt in einer Lage sind, in der von allen Seiten Begehrlichkeiten auftreten.

Nun ist die Frage, was wir mit dem vielen Geld machen. Dazu wurden schon viele Vorschläge gemacht. Ich glaube, die Praxisgebühr abzuschaffen, ist ein möglicher Weg. Warum? - 2004 haben wir die Praxisgebühr eingeführt, damit sie eine Lenkung erzielt. Sie sollte die Anzahl der Arztbesuche reduzieren. Das ist nicht gelungen.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Wir haben also ein Gesetz und müssen feststellen: Es hat nicht erreicht, was wir beabsichtigt haben. Das ist das Erste. Wir fragen doch immer nach der Glaubwürdigkeit in der Politik. Hier stellen wir fest: Dieses Gesetz hat nicht erreicht, was wir erreichen wollten. Deshalb muss man über das Gesetz nachdenken. Das ist eine ehrliche, eine glaubhafte Antwort.

Zweitens. Nun spreche ich vor allem meine Freunde von der CSU an. Ich persönlich glaube, dass die Praxisgebühr unsozial ist.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Ach, eine völlig neue Erkenntnis!)

Sie ist unsozial, weil Reiche und Arme den gleichen Beitrag zahlen.

(Sabine Dittmar (SPD): Aber für die Kopfpauschale sein!)

Ich schließe mich den Ausführungen meiner Vorredner an. Arme Menschen, die die Praxisgebühr bezahlen müssen, werden dadurch unter Umständen daran gehindert, eine Arztpraxis aufzusuchen. Damit verlängern sie ihre Krankheit und werden letzten Endes schlechter behandelt. Es liegen Untersuchungen darüber vor, die man als Fakten wahrnehmen muss.

Drittens. Die Bürokratie ist angemahnt worden. Von den zehn Euro, die wir einziehen, entfallen mindestens fünf Euro auf die Bürokratie. Das heißt, wir müssen fünf Euro in den Wind schreiben. Insgesamt gesehen denke ich, die Diskussion um die Praxisge-

bühr ist auch eine Diskussion über die Selbstbeteiligung der Menschen am Gesundheitssystem. In meinen Augen sollte diese Selbstbeteiligung sozial verträglich sein. Wir dürfen die Diskussion um die Praxisgebühr nicht auf verletzte Eitelkeiten bauen. Verletzte Eitelkeiten dürfen keine Rolle spielen. Ich denke, wir müssen die Praxisgebühr in einen größeren Zusammenhang stellen. Wir müssen die Bürger entlasten, und diesen Weg müssen wir konsequent gehen.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** Nein, ich bin gleich fertig. Lassen Sie mich konkret auf die Diskussion über die Praxisgebühr eingehen: In Berlin verhandeln wir derzeit über drei Möglichkeiten. Erstens verhandeln wir mit Herrn Schäuble über die komplette Abschaffung. Zweitens überlegen wir eine Belastung nur bei der Behandlung von Zahnärzten, und drittens überlegen wir die Belastung von Besuchen beim Zahnarzt, beim Hausarzt oder beim Facharzt. Das sind Rechenbeispiele; denn wir sind nicht allein in der Koalition und können deshalb nicht allein eine Entscheidung treffen. Wir müssen uns mit CDU und CSU einigen. Solange wir uns aber nicht geeinigt haben, müssen wir davon Abstand nehmen, solange können wir die Praxisgebühr nicht abschaffen. Wir haben im Koalitionsvertrag den Auftrag, die Praxisgebühr zu entbürokratisieren. In meinen Augen wäre die beste Entbürokratisierung die Abschaffung der Praxisgebühr. Dann hätten wir nämlich überhaupt keine Bürokratie in diesen Dingen.

(Beifall bei der FDP)

Für mich liegt der Fehler aber nicht in der Praxisgebühr, sondern im Gesundheitssystem. Finanznot und Spardiktat sind in diesem System vorprogrammiert. Ich meine aber, meine Damen und Herren, wenn das Geld vom Volk kommt, dann muss das Geld auch an das Volk zurückgegeben werden.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER lehne ich ab, weil er zu kurz greift. Wir haben noch andere Möglichkeiten. Den Antrag der SPD lehne ich ab, weil das Geld im Gesundheitsfonds bleiben soll.

(Beifall bei der FDP - Hans Joachim Werner (SPD): Nein, weil der Antrag von der SPD ist!)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch kurz am Redepult. Frau Kollegin Sonnenholzner erteile ich das Wort für eine Zwischenbemerkung.

**Kathrin Sonnenholzner (SPD):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Dr. Bertermann, Sie haben in wohlgesetzter Rede meine Ausführungen zur Ungerechtigkeit der Praxisgebühr wiederholt. Das höre ich gern, und man kann es auch gar nicht oft genug sagen; denn das ist so, und das war schon immer so. Allerdings scheint mir, das ist nicht die reine Lehre der FDP. An dieser Stelle frage ich Sie deshalb: Wenn Sie die Praxisgebühr ungerecht finden, wie stehen Sie dann zu der Möglichkeit, nach oben ungedeckelte Zusatzbeiträge von genau denselben Versicherten zu verlangen, wie das in dem Gesetz steht, das Ihr Parteifreund und damaliger Bundesgesundheitsminister Rösler zu verantworten hat? Ich frage: Was haben Sie dagegen getan, oder was haben Sie dafür getan, dass die Zusatzbeiträge verhindert worden sind? Was werden Sie in Zukunft tun?

Noch einmal zu der Frage nach der Finanznot. Wenn Sie feststellen, dass Finanznot gegeben ist, dann frage ich Sie: Wo soll das Geld denn herkommen, wenn nicht aus Beiträgen? Wenn Sie sagen, wir hätten eine Finanznot, dann frage ich Sie: Warum wollen Sie ausgerechnet in diesen Zeiten eine kapitalgedeckte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die weder hier noch an einer anderen Stelle funktioniert hat?

Warum fordern Sie in Berlin jetzt auch zum Beispiel eine Beitragssatzsenkung, welche die Situation der gesetzlichen Krankenversicherung gewiss nicht verbessern wird? Für mich bleibt als Schluss nur, dass bei 2 % alles versucht werden muss, um die Leute mit populistischen Aussagen noch auf die eigene Seite zu ziehen. Eine seriöse Gesundheitspolitik scheint mir das aber nicht zu sein.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Frau Kollegin. Herr Kollege Dr. Bertermann, Sie haben das Wort zur Erwiderung, bitte.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ich glaube sehr wohl, dass ich Argumente glaubhaft und sachlich dargestellt und nicht populistisch argumentiert habe. Das will ich einmal klarstellen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Ich habe in der Diskussion im Gegensatz zu Ihnen massive Angriffe und einen Blick in die Vergangenheit vermieden. Ich könnte das aber sehr wohl tun, und, nachdem ich Ihr ganzes Sündenregister dargelegt hätte, könnte ich immer noch eine halbe Stunde reden.

Zu Ihren konkreten Fragen: Das Thema ist zu wichtig, als dass wir den Bürgern Sand in die Augen streuen dürfen. Wir müssen bei der Wahrheit bleiben, und die Wahrheit ist: Die Gesundheitspolitik ist nun einmal im Moment so gut, dass wir keine Zusatzbeiträge erhöhen müssen. Welche Krankenkasse in Deutschland erhöht Zusatzbeiträge? - Wenn Sie mir das sagen können, bekommen Sie von mir eine Flasche Champagner auf den Tisch gestellt.

(Heiterkeit bei der FDP - Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Keine Krankenkasse erhöht Zusatzbeiträge. Unser gegenwärtiges System ist so gut, dass wir die Menschen nicht mehr belasten müssen. Das spricht für den Erfolg dieses Systems. Das können Sie doch nicht anzweifeln.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank. Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herr Dr. Karl Vetter von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Dr. Bertermann, Sie haben von Populismus der FREIEN WÄHLER und von Wahrheit

gesprochen. Der Antrag ist doch ganz einfach. Mit einem Plus von ungefähr 20 Milliarden in der gesetzlichen Krankenversicherung ist eine andere Situation eingetreten. Wir haben ein sinnloses Instrument in Deutschland, nämlich die Praxisgebühr. Deshalb kann ich das Herumgeeiere der CSU - von Ihnen, Frau Stewens, und auch von Ihnen, Herr Bertermann - nicht verstehen. Nehmen wir das Heft einfach in die Hand und beeinflussen den Bund über Bayern, damit wir sinnvolle Lösungen finden! Wo ist denn überhaupt das Problem?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Dr. Bertermann, zur Erwiderung, bitte.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Vetter, genau das tun wir. Im Moment verhandeln wir mit dem Finanzminister über drei Möglichkeiten. Eine Möglichkeit besteht darin, die Praxisgebühr ganz abzuschaffen. Die anderen beiden Möglichkeiten habe ich Ihnen schon aufgezählt. Das löst aber prinzipiell das Problem nicht, dass wir in ganz Deutschland einen zentralen Beitragssatz haben und die Krankenkassen nicht mehr selbst den Beitrag bestimmen. Krankenkassen bekommen Geld, obwohl sie es gar nicht benötigen. Deshalb gibt es Überschüsse. Wenn jede Krankenkasse ihren Beitrag selbst festsetzen könnte, dann wären diese Überschüsse gar nicht vorhanden. Also muss der Gesundheitsfonds weg; es muss der zentrale Krankenkassendachverband weg, und die Leute müssen wieder vor Ort entscheiden, damit das Geld der bayerischen Bürger hier in Bayern bleibt und nicht nach Berlin geschickt wird.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Mir werden keine weiteren Zwischenbemerkungen angezeigt. Deswegen rufe ich den nächsten Redner auf. Für die Staatsregierung darf ich Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber das Wort geben, bitte schön.

**Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir führen heute eine Diskussion, die unter einem großen Dachthema viele Unterebenen anspricht. Wir haben eine Diskussion über Versicherungssysteme; wir haben eine Diskussion zur Bürokratie und Lenkungs-funktion, zu sozialen Aspekten und zur Menschenwürde einer Praxisgebühr, und wir führen - das ist der Anlass, darin sind wir uns doch einig - eine Diskussion darüber, was wir mit den Überschüssen von heuer machen.

Ich fange mit diesem letzten Aspekt an. Die Finanzsituation der gesetzlichen Krankenkassen gestaltete sich im Jahr 2011 sehr, sehr günstig. Ein Überschuss von 4 Milliarden Euro ist erwirtschaftet worden, und die Finanzreserven liegen bei 10 Milliarden Euro. Das klingt zunächst einmal sehr gut; das sind stattliche Summen. In meinen Augen ist das wirklich eine erfreuliche Nachricht, die man jetzt nicht schmälern sollte. Aber die Debatte, die daraus resultiert - wie werden wir dieses Geld so schnell wie möglich wieder los? -, halte ich für falsch.

Die Forderung, dass wir mit diesem Geld die Bürger entlasten, hört sich natürlich zunächst einmal gut an. Wir sollten aber einen Blick darauf werfen, wie sich unser Gesundheitssystem finanziell insgesamt darstellt. Die Gesundheitsausgaben in Deutschland belaufen sich im Jahr - so das Statistische Bundesamt für 2009 - auf fast 280 Milliarden Euro insgesamt. 280 Milliarden Euro! Für die gesetzlichen Krankenkassen bedeutet das 180 Milliarden. Das heißt, dass sie monatlich 15 Milliarden Euro auszugeben haben. Der Überschuss von 4 Milliarden, den sie jetzt erwirtschaftet haben, ist in Relation zu dem, was allein im Monat fällig wird, eigentlich marginal. Eine Soll-Bestimmung sieht vor, dass Mittel bis zu einer Monatsausgabe auf Reserve zu legen sind. 4 Milliarden sind also nicht üppig.

Wir müssen in den nächsten Jahren mit einer jährlichen Ausgabensteigerung rechnen, die in den kommenden Jahren mit jährlicher Sicherheit einiges von den Überschüssen auffressen wird. Ich erinnere nur daran, dass die Steigerung in den Jahren von 2000

bis 2008 2,7 % betrug, in den Jahren 2008 auf 2009 5,2 %. Das kann uns wieder passieren. Wenn dann keine Reserven da sind, wird es richtig eng.

(Unruhe)

Leider besagen die Prognosen, dass es im Jahr 2012 keine nennenswerten Überschüsse geben wird. Im Jahr 2014, das nicht ganz so weit weg ist, werden wir 10 Milliarden Euro Defizit haben, und für 2016 ist ein Defizit von 20 Milliarden Euro zu erwarten. Ich halte es bei dieser Konstellation nicht für angebracht, heute darüber nachzudenken, wie man das Geld schnell unter die Leute bringen kann. Eine kurzfristige Entlastung heuer, so nachvollziehbar dieser Wunsch auch ist, wird mit einer höheren Belastung verbunden sein: heuer 40 Euro weniger, nächstes Jahr einen Zusatzbeitrag, übernächstes Jahr eine Beitragserhöhung. Das kann nicht unser Ziel sein. Das ist keine nachhaltige Politik, sondern das ist kurzsichtig. Aus diesem Grund würde ich davon genauso dringend abraten, wie es die FPD empfiehlt.

Die Bürger sehen das übrigens auch so. 53 % der Deutschen wollen die Überschüsse bei den Krankenkassen belassen. Die Abschaffung der Praxisgebühr findet bei den Bürgern keine Mehrheit. Union und SPD wissen: 57 % ihrer befragten Anhänger würden das lassen. Im Interesse der Nachhaltigkeit, einer dauerhaften Finanzierung des Gesundheitswesens und im Interesse der Beitragsstabilität für die Versicherten sollten wir nicht zu freigebig mit diesen Überschüssen umgehen.

Es gibt noch einen anderen Aspekt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Praxisgebühr erbringt für das Gesundheitssystem jährlich zwei Milliarden Euro. Zwei Milliarden Euro sind im Vergleich zu 280 Milliarden nicht viel, aber es sind immerhin zwei Milliarden Euro. Heuer könnten wir vielleicht noch darauf verzichten, aber schon im nächsten Jahr würde uns dieser Betrag abgehen, noch mehr im übernächsten

ten Jahr usw. Wer einmal die Praxisgebühr aufgibt, wird diesen Betrag niemals wieder erheben können.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir müssen uns heute sehr wohl die Frage stellen: Können wir tatsächlich leichtfertig auf eine solche Einnahmequelle verzichten? Wer heute die Praxisgebühr in Frage stellt, muss auch die Frage beantworten, wie diese 2 Milliarden Euro in den nächsten Jahren gegenfinanziert werden sollen. Dazu höre ich nichts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden jetzt über die Praxisgebühr in ihrer Unvollkommenheit. Sie haben heute dargelegt, dass die - nicht von uns eingeführte - Praxisgebühr retrospektiv ihren Zweck nicht erfüllt. Die Bürokratie sei mehr, als sie es sein müsste. Die Lenkungswirkung stelle sich nicht so ein, wie man es sich erhofft habe. Sie sprechen von sozialer Ungerechtigkeit. Ich würde Ihnen empfehlen, die Fakten einmal genauer anzuschauen. Wir haben die soziale Belastung eingegrenzt. Für chronisch Kranke gibt es eine klare Begrenzung, und für sozial Schwache gibt es die Möglichkeit, sich von der Gebühr befreien zu lassen. Von sozialer Ungerechtigkeit kann man nur sprechen, wenn man die Fakten nicht genau anschaut.

Union und FDP haben im Koalitionsvertrag, auf dessen Einhaltung Sie immer Wert legen, vereinbart, das Verfahren zur Erhebung der Praxisgebühr unbürokratischer zu gestalten. Daran haben wir noch zu arbeiten. So wie es jetzt ist, ist es nichts. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Die Staatsregierung fordert die Bundesregierung deshalb dringend auf, das endlich zu machen. Darin sind wir uns wahrscheinlich einig.

Auch mit der Lenkungsfunction sind wir noch nicht am Ziel. Auch hier müssen wir schauen, wie wir die Praxisgebühr so gestalten, dass sie in die Richtung wirkt, dass die Deutschen nicht mehr so oft zum Arzt gehen. Die Effekte, die Sie beschrieben haben, kann ich mir durchaus vorstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die kurzfristige Forderung, die Praxisgebühr abzuschaffen, ist für mich kein Weg in die Zukunft. Wir sollten uns vielmehr gemeinsam darum bemühen, die Effizienz der derzeitigen Regelung zu verbessern. Wir sollten weniger Bürokratie anstreben, und wir sollten gemeinsam daran arbeiten, die Lenkungsfunktion besser auszuprägen, damit unser Gesundheitswesen wieder besser finanziert werden kann. Auf diese Summe ist heuer, aber auch in Zukunft nicht zu verzichten. Aus diesem Grund empfehlen wir, die beiden Anträge abzulehnen, obwohl die Spiegelstriche zwei und drei des Antrags der SPD mit unserer Position vollkommen übereinstimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, die Anträge werden dazu wieder getrennt.

Da für den Antrag der FREIEN WÄHLER eine namentliche Abstimmung beantragt wurde, ziehe ich den Antrag der SPD vor. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11877, dem Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe die Stimmen der Oppositionsfraktionen und die Stimme von Frau Dr. Pauli.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die GRÜNEN nicht!)

- Entschuldigung, dann nur SPD und FREIE WÄHLER. Das habe ich wirklich nicht gesehen. Die Gegenprobe. - Die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Die GRÜNEN. Danke schön. Bitte entschuldigen Sie das Versehen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Was soll der Unterton?)

Damit ist der Antrag abgelehnt. Das wollte ich noch feststellen.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der FREIEN WÄHLER. Das ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11863. Sie haben die Stimmkarten. Die Urnen stehen an den üblichen Stellen. Ich eröffne die Abstimmung. Sie dauert fünf Minuten.

Namentliche Abstimmung von 15.03 bis 15.08 Uhr

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten Abstimmungszeit sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des Saales auszuzählen. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(...)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Vetter und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER), Drucksache 16/11863 - "Praxisgebühr" abschaffen! -, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 64. Mit Nein haben gestimmt 84. Stimmenthaltungen: 3. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.03.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; "Praxisgebühr" abschaffen! (Drucksache 16/11863)

| Name                                      | Ja | Nein | Enthalte mich |
|-------------------------------------------|----|------|---------------|
| <b>Ackermann</b> Renate                   | X  |      |               |
| <b>Aiwanger</b> Hubert                    | X  |      |               |
| <b>Arnold</b> Horst                       | X  |      |               |
| <b>Aures</b> Inge                         | X  |      |               |
| <b>Bachhuber</b> Martin                   |    | X    |               |
| Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg             |    |      |               |
| Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter | X  |      |               |
| Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried        |    | X    |               |
| <b>Bause</b> Margarete                    | X  |      |               |
| Dr. <b>Beckstein</b> Günther              |    |      |               |
| Dr. <b>Bernhard</b> Otmar                 |    | X    |               |
| Dr. <b>Bertermann</b> Otto                |    | X    |               |
| Dr. <b>Beyer</b> Thomas                   |    |      |               |
| <b>Biechl</b> Annemarie                   |    | X    |               |
| <b>Biedefeld</b> Susann                   | X  |      |               |
| <b>Blume</b> Markus                       |    | X    |               |
| <b>Bocklet</b> Reinhold                   |    | X    |               |
| <b>Breitschwert</b> Klaus Dieter          |    | X    |               |
| <b>Brendel-Fischer</b> Gudrun             |    | X    |               |
| <b>Brunner</b> Helmut                     |    |      |               |
| Dr. <b>Bulfon</b> Annette                 |    | X    |               |
| <b>Dechant</b> Thomas                     |    | X    |               |
| <b>Dettenhöfer</b> Petra                  |    | X    |               |
| <b>Dittmar</b> Sabine                     | X  |      |               |
| <b>Dodell</b> Renate                      |    | X    |               |
| <b>Donhauser</b> Heinz                    |    | X    |               |
| Dr. <b>Dürr</b> Sepp                      | X  |      |               |
| <b>Eck</b> Gerhard                        |    |      |               |
| <b>Eckstein</b> Kurt                      |    | X    |               |
| <b>Eisenreich</b> Georg                   |    | X    |               |
| Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen               | X  |      |               |
| <b>Fahrenschon</b> Georg                  |    |      |               |
| <b>Felbinger</b> Günther                  | X  |      |               |
| Dr. <b>Fischer</b> Andreas                |    |      | X             |
| Dr. <b>Förster</b> Linus                  |    |      |               |
| <b>Franke</b> Anne                        | X  |      |               |
| <b>Freller</b> Karl                       |    | X    |               |
| <b>Füracker</b> Albert                    |    | X    |               |
| Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul       | X  |      |               |
| <b>Gehring</b> Thomas                     |    |      |               |
| <b>Glauber</b> Thorsten                   |    |      |               |
| <b>Goderbauer</b> Gertraud                |    | X    |               |

| Name                                       | Ja | Nein | Enthalte mich |
|--------------------------------------------|----|------|---------------|
| <b>Görlitz</b> Erika                       |    |      |               |
| Dr. <b>Goppel</b> Thomas                   |    | X    |               |
| <b>Gote</b> Ulrike                         | X  |      |               |
| <b>Gottstein</b> Eva                       |    |      |               |
| <b>Güll</b> Martin                         | X  |      |               |
| <b>Güller</b> Harald                       |    |      |               |
| Freiherr von <b>Gumppenberg</b> Dietrich   |    | X    |               |
| <b>Guttenberger</b> Petra                  |    | X    |               |
| <b>Hacker</b> Thomas                       |    | X    |               |
| <b>Haderthauer</b> Christine               |    | X    |               |
| <b>Halbleib</b> Volkmar                    | X  |      |               |
| <b>Hallitzky</b> Eike                      | X  |      |               |
| <b>Hanisch</b> Joachim                     | X  |      |               |
| <b>Hartmann</b> Ludwig                     |    |      |               |
| <b>Heckner</b> Ingrid                      |    | X    |               |
| <b>Heike</b> Jürgen W.                     |    | X    |               |
| <b>Herold</b> Hans                         |    | X    |               |
| Dr. <b>Herrmann</b> Florian                |    | X    |               |
| <b>Herrmann</b> Joachim                    |    |      |               |
| Dr. <b>Herz</b> Leopold                    | X  |      |               |
| <b>Hessel</b> Katja                        |    |      |               |
| Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang               |    |      |               |
| <b>Hintersberger</b> Johannes              |    |      |               |
| <b>Huber</b> Erwin                         |    | X    |               |
| Dr. <b>Huber</b> Marcel                    |    | X    |               |
| Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto                 |    | X    |               |
| <b>Huml</b> Melanie                        |    |      |               |
| <b>Imhof</b> Hermann                       |    | X    |               |
| <b>Jörg</b> Oliver                         |    | X    |               |
| <b>Jung</b> Claudia                        |    |      |               |
| <b>Kamm</b> Christine                      |    |      |               |
| <b>Karl</b> Annette                        | X  |      |               |
| <b>Kiesel</b> Robert                       |    | X    |               |
| <b>Klein</b> Karsten                       |    | X    |               |
| <b>Kobler</b> Konrad                       |    | X    |               |
| <b>König</b> Alexander                     |    | X    |               |
| <b>Kohnen</b> Natascha                     |    |      |               |
| <b>Kränzle</b> Bernd                       |    | X    |               |
| <b>Kreuzer</b> Thomas                      |    |      |               |
| <b>Ländner</b> Manfred                     |    | X    |               |
| Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig     |    | X    |               |
| Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp |    | X    |               |

| Name                             | Ja | Nein | Enthalte<br>mich |
|----------------------------------|----|------|------------------|
| <b>Lorenz</b> Andreas            |    | X    |                  |
| Prof. <b>Männle</b> Ursula       |    | X    |                  |
| Dr. <b>Magerl</b> Christian      | X  |      |                  |
| <b>Maget</b> Franz               | X  |      |                  |
| <b>Matschl</b> Christa           |    | X    |                  |
| Dr. <b>Merk</b> Beate            |    |      |                  |
| <b>Meyer</b> Brigitte            |    | X    |                  |
| <b>Meyer</b> Peter               | X  |      |                  |
| <b>Miller</b> Josef              |    | X    |                  |
| <b>Müller</b> Ulrike             | X  |      |                  |
| <b>Mütze</b> Thomas              | X  |      |                  |
| <b>Muthmann</b> Alexander        | X  |      |                  |
| <b>Naaß</b> Christa              | X  |      |                  |
| <b>Nadler</b> Walter             |    |      |                  |
| <b>Neumeyer</b> Martin           |    | X    |                  |
| <b>Nöth</b> Eduard               |    | X    |                  |
| <b>Noichl</b> Maria              | X  |      |                  |
| <b>Pachner</b> Reinhard          |    |      |                  |
| Dr. <b>Pauli</b> Gabriele        | X  |      |                  |
| <b>Perlak</b> Reinhold           | X  |      |                  |
| <b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich     | X  |      |                  |
| Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael | X  |      |                  |
| <b>Pohl</b> Bernhard             | X  |      |                  |
| <b>Pointner</b> Mannfred         | X  |      |                  |
| <b>Pranghofer</b> Karin          |    |      |                  |
| <b>Pschierer</b> Franz Josef     |    |      |                  |
| Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph  | X  |      |                  |
| <b>Radwan</b> Alexander          |    | X    |                  |
| <b>Reichhart</b> Markus          | X  |      |                  |
| <b>Reiß</b> Tobias               |    | X    |                  |
| <b>Richter</b> Roland            |    |      |                  |
| Dr. <b>Rieger</b> Franz          |    | X    |                  |
| <b>Rinderspacher</b> Markus      |    |      |                  |
| <b>Ritter</b> Florian            | X  |      |                  |
| <b>Rohde</b> Jörg                |    | X    |                  |
| <b>Roos</b> Bernhard             | X  |      |                  |
| <b>Rotter</b> Eberhard           |    | X    |                  |
| <b>Rudrof</b> Heinrich           |    | X    |                  |
| <b>Rüth</b> Berthold             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Runge</b> Martin          | X  |      |                  |
| <b>Rupp</b> Adelheid             | X  |      |                  |
| <b>Sackmann</b> Markus           |    | X    |                  |
| <b>Sandt</b> Julika              |    |      | X                |
| <b>Sauter</b> Alfred             |    | X    |                  |
| <b>Scharfenberg</b> Maria        | X  |      |                  |
| <b>Schindler</b> Franz           | X  |      |                  |
| <b>Schmid</b> Georg              |    | X    |                  |
| <b>Schmid</b> Peter              |    | X    |                  |
| <b>Schmitt-Bussinger</b> Helga   | X  |      |                  |
| <b>Schneider</b> Harald          | X  |      |                  |
| <b>Schöffel</b> Martin           |    | X    |                  |
| <b>Schopper</b> Theresa          | X  |      |                  |

| Name                               | Ja | Nein | Enthalte<br>mich |
|------------------------------------|----|------|------------------|
| <b>Schorer</b> Angelika            |    |      |                  |
| <b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin   |    | X    |                  |
| <b>Schuster</b> Stefan             | X  |      |                  |
| <b>Schweiger</b> Tanja             | X  |      |                  |
| <b>Schwimmer</b> Jakob             |    | X    |                  |
| <b>Seidenath</b> Bernhard          |    | X    |                  |
| <b>Sem</b> Reserl                  |    | X    |                  |
| <b>Sibler</b> Bernd                |    | X    |                  |
| <b>Sinner</b> Eberhard             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Söder</b> Markus            |    |      |                  |
| <b>Sonnenholzner</b> Kathrin       | X  |      |                  |
| Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig          |    | X    |                  |
| <b>Sprinkart</b> Adi               | X  |      |                  |
| <b>Stachowitz</b> Diana            | X  |      |                  |
| <b>Stahl</b> Christine             | X  |      |                  |
| <b>Stamm</b> Barbara               |    | X    |                  |
| <b>Stamm</b> Claudia               | X  |      |                  |
| <b>Steiger</b> Christa             | X  |      |                  |
| <b>Steiner</b> Klaus               |    | X    |                  |
| <b>Stewens</b> Christa             |    | X    |                  |
| <b>Stierstorfer</b> Sylvia         |    | X    |                  |
| <b>Stöttner</b> Klaus              |    | X    |                  |
| <b>Strehle</b> Max                 |    | X    |                  |
| <b>Streibl</b> Florian             | X  |      |                  |
| <b>Strobl</b> Reinhold             | X  |      |                  |
| <b>Ströbel</b> Jürgen              |    | X    |                  |
| Dr. <b>Strohmayr</b> Simone        |    |      |                  |
| <b>Taubeneder</b> Walter           |    | X    |                  |
| <b>Tausendfreund</b> Susanna       | X  |      |                  |
| <b>Thalhammer</b> Tobias           |    | X    |                  |
| <b>Tolle</b> Simone                | X  |      |                  |
| <b>Unterländer</b> Joachim         |    | X    |                  |
| Dr. <b>Vetter</b> Karl             | X  |      |                  |
| <b>Weidenbusch</b> Ernst           |    | X    |                  |
| <b>Weikert</b> Angelika            | X  |      |                  |
| Dr. <b>Weiß</b> Bernd              |    |      |                  |
| Dr. <b>Weiß</b> Manfred            |    | X    |                  |
| Dr. <b>Wengert</b> Paul            |    |      |                  |
| <b>Werner</b> Hans Joachim         | X  |      |                  |
| <b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna | X  |      |                  |
| <b>Widmann</b> Jutta               | X  |      |                  |
| <b>Wild</b> Margit                 | X  |      |                  |
| <b>Will</b> Renate                 |    |      | X                |
| <b>Winter</b> Georg                |    |      |                  |
| <b>Winter</b> Peter                |    | X    |                  |
| <b>Wörner</b> Ludwig               | X  |      |                  |
| <b>Zacharias</b> Isabell           |    |      |                  |
| <b>Zeil</b> Martin                 |    | X    |                  |
| <b>Zeitler</b> Otto                |    | X    |                  |
| <b>Zellmeier</b> Josef             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas       |    | X    |                  |
| <b>Gesamtsumme</b>                 | 64 | 84   | 3                |